



Kein Wärmebürokratiemonster schaffen

Im politischen Berlin ist der Streit um ein Verbot von Öl- und Gasheizungen weiter eskaliert. Mit einem Gesetzentwurf für die „Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze“ überträgt der Bund den Ländern die Aufgabe, detaillierte Daten zur Beheizung, dem Energieverbrauch und zu baulichen Eigenheiten von Gebäuden zu melden. Diese Daten sollen zur Erstellung von sogenannten Wärmeplänen genutzt werden.

„Mit einem solchen Gesetz kommen möglicherweise neue umfangreiche Meldepflichten auf jeden privaten und gewerblichen Immobilienbesitzer zu“, sagt Thomas Keindorf, Präsident der Handwerkskammer Halle. Die Mehrzahl der Daten, die erhoben werden sollen, liegt auch heute schon formell in Katasterämtern und Datenbanken weiterer Behörden vor und könnte bei einer funktionierenden Vernetzung zusammengeführt werden. Sofern jedoch an eine Abfrage in Stil der Grundsteuererhebung gedacht werde, würde ein Bürokratiemonster geschaffen, das zu erheblichen Belastungen führt, so Keindorf weiter.

Leider verkenne die Berliner Politik aktuell notwendige Prioritäten. „Um die Energiewende umsetzbar zu machen, bedarf es ein mehr an Fachleuten, die diese umsetzen können und nicht ein mehr an Amtsschimmeln“, so der Präsident.

